



## SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

### 60 Jahre Soziale Marktwirtschaft

Im Juni dieses Jahres ist es 60 Jahre her, dass die Soziale Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland etabliert wurde: Am Sonntag, den 20. Juni 1948, wurde die Reichsmark durch die Deutsche Mark ersetzt, die Schaufenster der Geschäfte füllten sich über Nacht; das Wirtschaftswunder nahm seinen Lauf. In den sechs Jahrzehnten, die seitdem vergangen sind, ist die Soziale Marktwirtschaft zu einem Markenzeichen deutscher Politik geworden. So berufen sich in Deutschland alle größeren Parteien und die Gewerkschaften auf das Konzept, das Alfred Müller-Armack in seiner Schrift „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“ als eine „dritte wirtschaftspolitische Form“ entwickelt hatte, bei der Markt zwar das „tragende Gerüst“ darstelle, die aber „eine bewusst gesteuerte, und zwar sozial gesteuerte Marktwirtschaft“ sein solle. *Von Joachim Zweynert*

Darüber, was es heißt, eine Marktwirtschaft „sozial zu steuern“, lässt sich trefflich streiten. Zugleich scheint man sich in Deutschland weitgehend darüber einig zu sein, dass eine solche Steuerung wünschenswert sei. Müller-Armack selbst betonte die grundsätzliche Offenheit seines Konzepts für graduell unterschiedliche Deutungen, wenn er es als „einen der Ausgestaltung harrenden, progressiven Stilgedanken“ charakterisierte. In dieser Unbestimmtheit sah Friedrich August von Hayek eine entscheidende Gefahr: Das „Wieselswort“ *sozial* beraube den Begriff der Marktwirtschaft unmerklich seines Inhaltes, so dass sich die verbliebene Hülle mit beliebigem Inhalt füllen lasse. Es habe unnötigerweise den Blick dafür verstellt, meinen einige Kritiker Müller-Armacks in diesem Sinne, dass das Reformprogramm auf einer stringenter marktliberalen Konzeption beruhe, wie sie vor allem von der Freiburger ordoliberalen Schule um Walter Eucken entwickelt worden sei. Andere meinen, es sei beim Konzept der Sozialen Marktwirtschaft von Anfang an weniger um „eigentliche“ Inhalte gegangen, als vielmehr darum, einem überaus skeptischen Wahlvolk den Kapitalismus schmack-

haft zu machen – in erster Linie handele es eben nicht um ein wissenschaftliches Programm, sondern um einen geschickten Werbeslogan. Angesichts der in Deutschland derzeit vorherrschenden wirtschaftspolitischen Orientierungslosigkeit ist zu hoffen, dass der „runde Geburtstag“ der Sozialen Marktwirtschaft dazu Anlass geben wird, erneut über die Grundlagen unserer Wirtschaftsordnung zu diskutieren.

Zunächst muss man in der Geschichte weit hinter das Jahr 1945 zurückgehen. Jene deutschen Staaten, aus denen später einmal Deutschland werden sollte, waren zu Beginn des 19. Jahrhunderts hoffnungslos rückständig gegenüber ihren westeuropäischen Nachbarn, denen man sich weder politisch noch kulturell sonderlich verbunden fühlte. Die Besetzung weiter Teile des späteren Deutschlands durch die napoleonischen Truppen führte den politischen Eliten das Ausmaß der Rückständigkeit vor Augen. Damit begann der schmerzhafteste Prozess der nachholenden wirtschaftlichen Entwicklung. Nachholende Entwicklung bedeutet, dass die gleichen Prozesse, die im fortgeschrittenen Land von selbst begonnen und sich über einen längeren

## IN DIESER AUSGABE

<b>60 Jahre Soziale Marktwirtschaft</b>	Seite 1/2
<b>Wilhelm Röpke und die Soziale Marktwirtschaft</b>	Seite 3
<b>Doppelspitze beim HWWI in Erfurt HWWI und WRI Aktionspunkt der ASM Publikationen Gastvortrag bei LAG SCHULEWIRTSCHAFT Thüringen</b>	Seite 4

Zeitraum erstreckt haben, künstlich gestartet und schneller durchlaufen werden müssen. Die Menschen in dem sich nachholend entwickelnden Land haben deshalb sehr wenig Zeit, sich an die rapide veränderte Wirtschaftswelt anzupassen, und das hat in der Regel eine tiefe Verunsicherung zur Folge.

Diese Verunsicherung führte in Deutschland zu einer skeptischen Haltung gegenüber dem marktlichen Wirtschaften, die sich im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts gar zu einer „Ökonomophobie“ steigerte. Sofort nach dem Beginn der Stein-Hardenbergschen Reformen erhoben sich die Stimmen derjenigen, die vor der „Atomisierung“ der Gesellschaft und dem Zerfall allen sozialen Zusammenhaltes warnten. Denn ein sich mehr und mehr verselbständigendes Wirtschaftssystem werde, so lautete ihre Befürchtung, keinerlei Rücksicht auf die moralischen, kulturellen und sozialen Bedürfnisse der Menschen nehmen. Diese Frage hat Deutschland das ganze 19. Jahrhundert hindurch beschäftigt. Sie spaltete die gebildeten Eliten in „Westler“ und Romantiker: Die Westler betonten den zivilisatorischen Fortschritt, den die westliche

Moderne mit sich bringe, während die Romantiker einen tiefgreifenden Konflikt zwischen eigenen Traditionen und den aus dem Westen einströmenden Modernisierungstendenzen sahen.

Ähnlich verliefen die Fronten in der deutschen Volkswirtschaftslehre. Die Mehrheit der deutschen Ökonomen sprach sich nicht nur methodisch gegen eine isolierende Betrachtung des Wirtschaftens aus, sondern befürwortete auch in der Praxis eine „organische“ Verschmelzung von Wirtschaft und Staat. Tatsächlich kam es am Ende des 19. Jahrhunderts mehr und mehr zur Bildung von Kartellen und damit zur Vermachtung des Wirtschaftens. Noch an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert, als diese Frage in der Realität längst entschieden war, diskutierten die deutschen Volkswirte mit großem Ernst und Eifer über die Frage, ob Deutschland nicht versuchen sollte, ein Agrarland zu bleiben. Denn nur auf diese Weise, so der Initiator der Debatte, könne man dem „gedankenlosen Fortschrittstaumel“ sowie der „blöden geldwirtschaftliche Grundstimmung“ entgegengehen, wie sie für Industriegesellschaften typisch seien. Ohne an dieser Stelle in die Details gehen zu können, bleibt festzuhalten, dass das marktfeindliche Denken weiter Teile der deutschen Gebildeten eine Teil des geistigen Nährbodens dargestellt hat, auf dem nationalsozialistisches Gedankengut gedeihen konnte.

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren sich die Gebildeten des Landes erstaunlich schnell einig, dass es gerade der Kapitalismus gewesen sei, der die Katastrophe der Nazi-Diktatur mit verursacht habe. Wie zeitgenössische Meinungsumfragen belegen, herrschte auch innerhalb der Bevölkerung weitgehend Konsens darüber, dass eine sozialistische Ordnung anzustreben sei. Solche liberalen Denker wie Walter Eucken und seine Mitstreiter, die bereits während der Nazi-Diktatur in den Freiburger Widerstandskreisen eine freiheitliche und marktliche Nachkriegsordnung entworfen hatten, waren hoffnungslos in der Defensive. Das Konzept der Sozialen Marktwirt-

schaft kann nur vor diesem Hintergrund verstanden werden. Alfred Müller-Armack war Ökonom und Soziologe. Wohl deshalb war ihm klarer als anderen, dass eine Marktwirtschaft in Deutschland nur zu verwirklichen sei, wenn man die Vorbehalte der Menschen gegenüber dem Markt bei der Gestaltung der Wirtschaftsordnung berücksichtigt. Die Soziale Marktwirtschaft bezeichnete er auch als eine „irenische“, also eine „Versöhnungsformel“, die darauf abzielte, ideologische Gegensätze zwischen den politischen Lagern zu mildern. Sein Reformkonzept war einerseits klar im wirtschaftlichen Liberalismus verwurzelt. Andererseits berücksichtigte es die typisch deutsche Sehnsucht nach gemeinschaftlicher Geborgenheit, was auch eine negative Einstellung gegenüber zu großen sozialen Unterschieden beinhaltet. Damit gilt: Es handelt sich weniger um einen Mittelweg zwischen Kapitalismus und Sozialismus als vielmehr um einen Kompromiss zwischen einer modernen Wirtschaftsordnung und den mentalen Befindlichkeiten weiter Teile der Bevölkerung. Ludwig Erhard selbst stand in theoretischer Hinsicht den Ordoliberalen und seinem engen wirtschaftspolitischen Berater Wilhelm Röpke viel näher als ihrem geisti-

60 Jahre  
**Soziale Marktwirtschaft®**

Die deutschen ordnungspolitischen Think Tanks und Forschungseinrichtungen, die Friedrich-Schiller-Universität Jena sowie Verbände der mittständischen Wirtschaft veranstalten am **19. und 20. Juni an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena ein großes wissenschaftliches Symposium sowie einen Festakt zum 60. Geburtstag der Sozialen Marktwirtschaft**, im Rahmen derer unter anderem der ehemalige Bundespräsident Prof. Dr. Roman Herzog eine Rede halten wird. PD Dr. Joachim Zweynert, der wissenschaftliche Leiter der Thüringer Zweigniederlassung des HWWI und Geschäftsführer des Wilhelm-Röpke-Instituts (beide in Erfurt), koordiniert die Organisation der Veranstaltungen. Weitere Informationen finden sich auf der Website [www.60jahresozialemarktwirtschaft.de](http://www.60jahresozialemarktwirtschaft.de).

gen Vater Müller-Armack. Als Politiker aber begriff er sehr gut, wozu Müller-Armacks Pleonasmus gut war. So schrieb er bereits 1943/44, der Staat könne „immer nur die Wirtschaftsordnung verwirklichen, die der Vorstellung des Volkes in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht entspricht“.

Immer wieder beklagen Ökonomen heute, weder bei den Politikern, noch bei der Bevölkerung Gehör zu finden. Was wirtschaftlich Not tue, sei seit langem bekannt, lasse sich politisch aber nicht durchsetzen. Unzweifelhaft besteht die Hauptaufgabe der Wirtschaftswissenschaft darin, zu zeigen, was wirtschaftlich vernünftig ist. Aber die zunehmende Spezialisierung innerhalb der Wissenschaft wie auch zwischen Wissenschaft und Politik erschweren den Austausch zwischen beiden Welten immer mehr.

Gerade die Herausforderungen, die die Globalisierung mit sich bringt, machen es immens wichtig, den Menschen wirtschaftliche Sachzusammenhänge zu erklären und Antworten in einer Sprache zu formulieren, die den Vorbehalten und Ängsten der Bevölkerung Rechnung trägt. Dafür bedarf es Brückenbauer wie Ludwig Erhard, Alfred Müller-Armack und Wilhelm Röpke, einer Spezies von Persönlichkeiten indes, die umso mehr vom Aussterben bedroht ist, je mehr Lehrstühle für Wirtschaftspolitik nicht mehr besetzt oder umgewidmet werden und je geringer die Zahl der Politiker mit volkswirtschaftlicher Ausbildung wird. Was geschieht, wenn Politiker die fundamentale Einsicht verlieren, dass man die Bevölkerung auf dem Weg der Reformen mitnehmen muss, ließ sich sowohl an den Reaktionen auf die „Hartz IV“-Reformen als auch am relativen ‚Absturz‘ der CDU/CSU bei der Bundestagswahl des Jahres 2005 geradezu idealtypisch studieren. Die Gefahr ist greifbar, dass die großen Parteien daraus den Schluss ziehen, dass tiefgreifende Reformen einfach nicht vermittelbar seien. Die Rückbesinnung auf die Anfänge der Sozialen Marktwirtschaft scheint gerade deshalb dringend geboten zu sein.

# Wilhelm Röpke und die Soziale Marktwirtschaft

„Erhard ist (...) wohl von niemanden so sehr beeinflusst worden wie von Wilhelm Röpke“, schreibt der Ludwig-Erhard-Biograph Volker Hentschel. Mit Alfred Mierzejewski relativiert ein anderer Erhard-Experte dieses Urteil ein wenig. Von großer Nähe und einer gewissen zunehmenden Skepsis ist auch Röpkes Beziehung zur Politik der Sozialen Marktwirtschaft geprägt. Von Tim Petersen

Wilhelm Röpke zählt zu den Erfindern des ordnungstheoretischen Grundmodells der Sozialen Marktwirtschaft. Im Exil entwickelt er seine Ordnungstheorie, die er in einer sozialphilosophischen Trilogie niederlegt. Wenn auch stärker soziologisch geprägt, lehnt sich sein Programm stark an die Vorstellungen der Freiburger Schule um Walter Eucken an. Zusammen mit Walter Eucken gibt Röpke auch einen ganz konkreten Anstoß für die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft.

Im Herbst 1946 trifft sich Röpke in Freiburg mit Eucken und anderen zu einer Lagebesprechung. Man kommt zu dem Ergebnis, dass die aktuelle Situation vom Verfall der Reichsmark und einem durch Preisstops und Rationierungen verzerrten Gütermarkt gekennzeichnet sei. Der für griffige Schlagwörter bekannte Röpke („Man muß auch als Wissenschaftler in ‚headlines‘ denken können“) fasst die Lage unter dem Begriff „zurückgestaute Inflation“ zusammen. Diese entstehe, wenn die Geldmenge ausgedehnt und versucht werde, den sich ergebenden inflationären Schub durch Preisstops zu verhindern. Höchstpreise wiederum minderten wirtschaftliche Anreize und führten zu wirtschaftlicher Lethargie. Daher fordert Röpke eine „Währungs- und Wirtschaftsreform (...), die der zurückgestauten Inflation (...) ein Ende macht (...).“ Röpkes Ruf wird 1948 erhört. Die Alliierten planen eine Währungsreform, die sie am 20. Juni 1948 mit Einführung der D-Mark durchführen. Zeitgleich lässt Ludwig Erhard, Wirtschaftsdirektor der Bizone, über seinen Pressesprecher eine teilweise Freigabe der Preise durch das Leitsatzgesetz verkünden. Röpke bezeichnet die Parallelität der Reformen als eine Erlösung „in elfter Stunde von der tödlichen Krankheit des Kollektivismus und der zurückgestauten Inflation (...).“

Für die neu gegründete Bundesrepublik setzt Röpke seine Rolle als Ideen- und Ratgeber fort. Im Jahre 1950 beauftragt ihn die Regierung Adenauer, in der Erhard nunmehr Wirtschaftsminister ist, mit der Erstellung eines Gutachtens. Hintergrund ist folgender: Nach Anfangserfolgen ergeben sich für die Soziale Marktwirtschaft Schwierigkeiten, da 1950 die Arbeitslosigkeit ansteigt und das Zahlungsbilanzdefizit sehr hoch ist. Die Alliierten fordern daher eine keynesianische Neuausrichtung der deutschen Wirtschaftspolitik. In seinem Gutachten „Ist die deutsche Wirtschaftspolitik richtig?“ spricht sich Wilhelm Röpke energisch gegen eine solche Kurskorrektur aus. Die Lage der bundesdeutschen Wirtschaft verbessere sich seit der Wirtschafts- und Währungsreform vielmehr „notorisch“, was das Verdienst der „beispielgebend(en)“ Politik Ludwig Erhards sei. Die Schwierigkeiten der Anfangszeit führt Röpke auf Übergangspro-

bleme zurück. Der Vorschlag, diese durch eine keynesianische Politik zu überwinden, würde inflatorische Folgen haben. Als alternativen Lösungsansatz fordert Röpke eine noch striktere Befolgung ordnungspolitischer Leitsätze. Eine Fortführung und Ausdehnung der marktwirtschaftlichen Politik soll den Kapitalmangel beseitigen, Hilfe bei der Lösung sozialer Probleme leisten, eine zukunftsträchtige mittelständische Landwirtschaft schaffen und die Probleme im Außenhandel überwinden. Der in anderen Ländern verfolgte Kurs einer Mischpolitik stelle keine Alternative dar, sondern führe auf mittlere Sicht in den Sozialismus. Mit diesem Gutachten ist Auftragsgeber Adenauer sehr zufrieden.

Trotz hoher wirtschaftlicher Wachstumsraten nimmt jedoch Röpkes Kritik an der deutschen Wirtschaftspolitik im Laufe der 50er Jahre zu. So kritisiert er die „Elephantiasis des Staatshaushaltes und der Staatsinvestitionen (...).“ Der 1957 gefasste Beschluss, eine dynamische Rente einzuführen, der manchen noch heute als eine soziale Er rungenschaft der Ära Adenauer gilt, ist für Röpke ein „Sieg der Sozialdemagogen“. In der Europapolitik wettet er „gegen die europäische Mißintegration (...).“ Ein weiterer Streitpunkt ist die von Röpke lange geforderte Aufwertung der D-Mark, die erst spät erfolgt. Diese strittigen Punkte führen Röpke 1960 zu der Auffassung, dass seine nunmehrige Antwort auf die Frage nach der Richtigkeit der deutschen Politik „mehr auf ein Nein als auf ein Ja hinauslaufen würde.“ Die Details der Auseinandersetzungen sind zumindest zum Teil Geschichte. Was bleibt, ist die Mahnung Röpkes an die politischen Vertreter der Sozialen Marktwirtschaft, „die Lücke zwischen Theorie und Praxis der nicht-inflationären Marktwirtschaft, die an sich unvermeidlich ist, nicht allzu groß werden zu lassen (...).“

## LITERATUR

- Röpke, W. (1950): Ist die deutsche Wirtschaftspolitik richtig? Analyse und Kritik, Stuttgart und Köln.
- Röpke, W. (1958): Ein Jahrzehnt Soziale Marktwirtschaft und seine Lehren, Bonn.
- Röpke, W. (1962): Die Verleumder der Marktwirtschaft, in: ders.: Wirrnis und Wahrheit, Ausgewählte Aufsätze, Erlenbach-Zürich und Stuttgart, S. 311-322 (Original in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 19.11.1960).
- Röpke, W. (1961): Standortbestimmung der Marktwirtschaft, in: ders.: Wirrnis und Wahrheit, a.a.O., S. 322-331, (Original in: Creditreform November 1961).
- Hentschel, V. (1998): Ludwig Erhard, Ein Politikerleben, Berlin.
- Mierzejewski, A. (2006): Ludwig Erhard, Der Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft, Biografie, München.

## DOPPELSPITZE

## Andreas Trautvetter

## neuer kaufmännischer Leiter der

## Thüringer Zweigniederlassung des HWWI

Der langjährige Minister des Freistaats Thüringen Andreas Trautvetter hat ab dem 1. Juni die kaufmännische Leitung der Thüringer Zweigniederlassung des HWWI übernommen. PD Dr. Joachim Zweynert bleibt wissenschaftlicher Leiter der Dependence und Geschäftsführer des Wilhelm-Röpke-Instituts. Damit haben wir auch in Thüringen eine Doppelspitze etabliert, wie sie sich in Hamburg bestens bewährt hat. Wie Trautvetter in einem Interview sagte, sieht er einen Schwerpunkt seiner künftigen Arbeit in der Frage, wie sich in Thüringen trotz abnehmender Bevölkerung Wachstum organisieren lässt – eine Frage, die für den Freistaat überlebenswichtig ist und mit der sich Andreas Trautvetter im Rahmen seiner politischen Arbeit seit Jahren intensiv befasst hat. Als wirtschaftspolitischer Think Tank ist das HWWI sehr froh darüber, einen meinungsfreudigen Grenzgänger zwischen Wissenschaft und Politik gewonnen zu haben, der angekündigt hat, mit seiner Meinung künftig weniger hinter dem Berg zu halten als ihm dies sein politisches Amt manchmal auferlegt hat.

## AKTIONSPUNKT

## HWWI und Wilhelm-Röpke-Institut

## Aktionspunkt der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM)

Seit April dieses Jahres sind die Zweigniederlassung Thüringen des HWWI und das Wilhelm-Röpke-Institut (WRI) neuer Aktionspunkt der von Prof. Dr. h.c. Joachim Starbatty geleiteten Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft. Die Aktionsgemeinschaft wird uns vor allem bei der Durchführung öffentlicher Veranstaltungen zu Grundfragen der Ordnungspolitik und der Sozialen Marktwirtschaft unterstützen. Erstmals werden wir mit der Aktionsgemeinschaft bei der Durchführung einer Tagung zum Thema „Eine vielschichtige Beziehung – Neoliberalismus und Ka-

tholische Soziallehre in Vergangenheit und Gegenwart“ zusammenarbeiten, die gemeinsam vom Wilhelm-Röpke-Institut und der Konrad-Adenauer-Stiftung organisiert wird. Über diese Veranstaltung werden wir in der nächsten Ausgabe des Newsletters noch ausführlicher informieren.

## NEUE PUBLIKATIONEN

## Zwei neue Diskussionspapiere der HWWI Zweigniederlassung Thüringen

Im April bzw. Mai sind zwei neue Diskussionspapiere der Zweigniederlassung Thüringen erschienen. In seinem Beitrag „Macht und Wissen als Determinanten: Zur Rolle des Staates in der Wirtschaftspolitik bei Walter Eucken und Friedrich August von Hayek“ vergleicht Stefan Kolev die Werke der zwei prägenden neoliberalen Ökonomen anhand der zentralen Topoi ihres Denkens und gewinnt so eine neue Perspektive auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede in ihren jeweiligen ordnungstheoretischen Konzeptionen. Das gelte gerade für die Bewertung der Rolle des Wettbewerbs: Während er Eucken in erster Linie dazu dient, die Wirtschaft zu „entmachten“, ist er für Hayek in erster Linie ein „Entdeckungsverfahren“, das neues Wissen generiert.

*Kolev, S. (2008). Macht und Wissen als Determinanten: Zur Rolle des Staates in der Wirtschaftspolitik bei Walter Eucken und Friedrich August von Hayek, HWWI Research Paper 5-4, Hamburg.*

Tim Petersen zeichnet in seinem Papier „Wilhelm Röpke und die Katholische Soziallehre“ die Diskussionen zwischen neoliberalen Ökonomen und Vertretern der Katholischen Soziallehre nach, die in den 50er und 60er Jahren mit großer Intensität, ja zum Teil mit erbitterter Schärfe geführt wurden. Petersen gelingt es zu zeigen, dass diese auf den ersten Blick wenig praxisnahe Auseinandersetzung wirtschaftspolitische Auswirkungen hatte, die noch in heutigen sozialpolitischen Debatten nachklingen.

*Petersen, T. (2008). Wilhelm Röpke und die Katholische Soziallehre, HWWI Research Paper, 5-5, Hamburg.*

Beide Papiere können im Internet unter [www.hwwi.org](http://www.hwwi.org) heruntergeladen oder bei PD Dr. Joachim Zweynert per E-Mail ([zweynert@hwwi.org](mailto:zweynert@hwwi.org)) angefordert werden.

## Russische Übersetzung von Joachim Zweynerts „Geschichte des ökonomischen Denkens in Russland“ erschienen

Am 29. April wurde an der Higher School of Economics, Moskau, die russische Übersetzung von Joachim Zweynerts preisgekrönter Monographie „Eine Geschichte des ökonomischen Denkens in Russland. 1805-1905“ offiziell vorgestellt. Nach dem Vortrag des Autors und den Redebeiträgen des Redakteurs sowie des Übersetzers entwickelte sich unter den rund vierzig geladenen Gästen von den verschiedenen Moskauer Forschungs- und Lehrinrichtungen eine intensive Diskussion über die Traditionen der russischen Wirtschaftswissenschaft und ihre Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Für Mitte Juni ist eine entsprechende Veranstaltung in St. Petersburg geplant.

## GASTVORTRAG

Ist das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft noch tragfähig? Dieser Frage ging der Themenabend am 28. Mai 2008 in der Europäischen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte in Weimar nach. Gastgeber dieser Kooperationsveranstaltung der LAG SCHULEWIRTSCHAFT Thüringen und des Thüringer Instituts für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien war PD Dr. Joachim Zweynert. Weitere Informationen finden Sie im Internet unter: [www.schule-wirtschaft-thueringen.de](http://www.schule-wirtschaft-thueringen.de).

HWWI News Thüringen erscheint viermal im Jahr in deutscher Sprache und steht in elektronischer Version und kostenlos zur Verfügung. Der Newsletter kann abonniert werden unter: [newsthuringen@hwwi.org](mailto:newsthuringen@hwwi.org).